

Krafter Zeitung.

Nr. 49.

Donnerstag den 1. März

1866.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafter 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 36 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstellige Zeitungszeit 5 Kr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Februar d. J. dem Ministerialsecretär im Finanzministerium Friedrich Glauer in Anerkennung seiner vielfährigen eifrigen und erspriesslichen Dienstleistung tarfrei den Titel und Charakter eines Sectionsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. dem Oberrevisor der mährischen Finanzlandesdirection Carl Burgard bei dessen Veretzung in den darenben Ansehenstand in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und erspriesslichen Dienstleistung tarfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Februar d. J. dem Commandanten des bürgertlichen Schützenregiments in Pilsen, Joseph Bubnik, in Anerkennung seines vielfährigen verdienstlichen Wirkens das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung de dato Wien, 8. Februar d. J. dem Gemeinderichter von Heilsbrunn im Bezirke des Comitates Geora Fescht in Anerkennung seines erspriesslichen und gemeinnützigen Wirkens das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß im Jahre 1870 in Wien eine internationale Ausstellung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, der Industrie und der bildenden Künste stattfinden.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Hauptmann im Kronprinz Erzherzog Rudolph's Artillerieregimente Rudolph Fürsten Lobkowitz und dem Oberlieutenant im Graf Gräme's Uhlanenregimente Ludwig Fürsten Lobkowitz die k. k. Rämmerwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 21. Februar d. J. dem Thürhüter des k. k. Staatsministeriums Leopold Ferdinand aus Anlaß seiner Veretzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vielfährigen treuen Dienste das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Februar d. J. dem Secretarien Alexander Ritter v. Waller für sein umsichtiges und thätiges Benehmen bei Verlegung eines bewannten dem Untergange nahen Fischereibootes die Allerhöchste Zufriedenheit allergnädigst ausgedrückt geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Februar d. J. die graduelle Vorrückung des Scholasticus canonicus Constantini Pappalvi zum Custos canonicus, des Cancellarius canonicus Johann Fescht zum Scholasticus canonicus und des Theologus canonicus Johann Ghrilla zum Cancellarius canonicus am griechisch-slawischen Metropolitanat von Alba Julia in Siebenbürgen allergnädigst zu genehmigen geruht.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des Lemberger erzbischöflichen Ordinariates ritus latini den supplirenden Religionslehrer am k. k. akademischen Gymnasium zu Lemberg Michael Joseph Brodzki zum wirklichen Religionslehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

Die ungarische Hofkanzlei hat die supplirenden Lehrer am Obergymnasium in Baja Koloman Babics, Johann Bandl, Franz Gajrusz und Franz Mendlik zu wirklichen Gymnasiallehrern derselben Lehranstalt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafter, 1. März.

Aus Pest, 27. Februar, wird tel. gemeldet: Ihre Majestät die Kaiserin nahm heute um 11 Uhr Vormittags in Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers die Grundsteinlegung des Elisabethinums vor. Ihre Majestäten wurden bei Allerhöchster Anfunft durch den Magistratsrath Fescht mit ihrer Anfunft durch den Magistratsrath Fescht mit einer Ansprache begrüßt, worauf Primararzt Roszay Ihrer Majestät der Kaiserin eine historische Skizze der Anfunft überreichte. Es erfolgte sodann die Einsegnung des Schlusssteins und Berührung desselben durch Ihre Majestät die Kaiserin mit einem silbernen Hammer, so wie die Unterzeichnung der darin aufbewahrten Urkunde durch Ihre Majestäten. Hierauf wurde ein Tebeum abgehalten. Armenvater Gieszinger und der Primararzt hielten Ansprachen, worin sie ihren Dank ausdrückten, worauf Se. Majestät der Kaiserin huldvolle Worte erwiderten.

Um 1 1/2 Uhr geruhten Se. Majestät der Kaiser die Adrepsentation des Oberhauses zu empfangen und auf die Ansprache derselben Folgendes zu erwidern:

Ich werde die in dieser Adresse des Oberhauses entwickelten Ansichten und Wünsche einer eindringlichen Erwägung unterziehen und Ihnen Meine Entschliessung mittelst eines an den Landtag zu richtenden königlichen Rescripts demnächst kundgeben. Im Vertrauen auf Ihre ererbten Gefinnungen gewärtige Ich, daß die Mitglieder des Oberhauses ihrem traditionellen Berufe entsprechend die in Meiner Thronrede bezeichnete Richtung verfolgen und durch das Gewicht ihrer weisen Mäßigung zur Verwirklichung Meiner väterlichen Absichten beitragen werden. Ich habe den Ausgleich auf einem allseitig anerkannten Rechtsboden mit aufrichtigem Ernste, aber zugleich mit entschiedener Festigkeit in einer solchen Richtung angebahnt, von welcher Ich ohne Verletzung Meiner Regentenpflichten und

ohne Gefährdung der Lebensbedingungen Meiner Monarchie nicht abgehen kann. Ich habe dem Venaustausche die freie Bahn eröffnet und es ist Mein innigster Wunsch eine derartige Gestaltung und Kräftigung der inneren Selbstständigkeit Meines geliebten Königreiches Ungarns zu verwirklichen, daß dieselbe, indem sie sich im eigenen Kreise jegendreich entwickelt, zugleich auf Grundlage der durch die Verhältnisse gebotenen Gemeinschaft der Interessen auch die Wohlfahrt und Größe der ganzen Monarchie wirksam fördern könne. Ich gebe mich dem Glauben hin, daß die Mitglieder des Oberhauses diese Meine Bestrebungen mit patriotischer Bereitwilligkeit unterstützen werden. Eröffnen Sie dies Ihren Sendern und versichern Sie dieselben Meiner aufrichtigen königlichen Gewogenheit.

Um 2 Uhr fand der Empfang der Adrepsentation des Unterhauses statt, auf deren Ansprache Se. Majestät der Kaiser Folgendes zu antworten geruhten:

Die Mir hienüber überreichte Adresse werde Ich einer eindringlichen Erwägung unterziehen und Meine Antwort hierauf den Ständen und Vertretern des Landes in einem besonderen königlichen Rescripte eröffnen. Ich werde dies mit der rückhaltlosen Offenheit thun, welche Mein bisheriges Verfahren kennzeichnet. Mein Verweilen in der Hauptstadt des Landes habe Ich diesmal hauptsächlich aus dem Grunde verlängert, weil es Mir bei dem regen Interesse, welches Ich für die Wohlfahrt Meines geliebten Königreiches Ungarn hege, von hohem Werthe war, den getreuen Ausdruck der Wünsche des Landes auf Grund Meiner persönlichen Wahrnehmungen kennen zu lernen und die Hauptmomente der landtäglichen Verhandlungen in unmittelbarer Nähe mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Die wiederholten Beweise des Mir entgegengebrachten Vertrauens berührten Mich eben so angenehm, wie jene Uebereinstimmung, welche hinsichtlich des Ausgangspunctes und des Endzweckes im Stande kam. Um so mehr mußte Ich bedauern, daß im Verlaufe der Discussion Bedenken zum Ausdruck gelangt sind, welche sich auf die von Mir bezeichneten Mittel der Durchführung beziehen. Ich gebe Mich gerne der Erwartung hin, daß diese Bedenken Ihre auf die Erreichung des Endzweckes gerichtete Bereitwilligkeit zur Mitwirkung nicht lähmen werden, und Ich muß dies um so mehr wünschen, je inniger Ich davon überzeugt bin, daß Ich im Interesse aller Meiner Völker an den Grundtätzen Meiner Thronrede auch in dieser Richtung mit entschiedener Beharrlichkeit festhalten müsse. Entbieten Sie Ihren Sendern Meinen königlichen Gruß und versichern Sie dieselben Meiner unveränderlichen väterlichen Gefinnungen.

Die von dem Präsidenten des Repräsentantenhauses bei Ueberreichung der Adresse gehaltenen Ansprache lautet:

Se. k. k. Majestät! Der Repräsentantenkörper Ungarns hat uns den Auftrag erteilt, die auf die Allerhöchste Thronrede Sr. Majestät angefertigte Adresse zu überreichen. Erhören Cu. Majestät unsere unterthänigste Bitte und geben Sie mit Annahme derselben diesem Lande Beruhigung und Glück. Indem wir die Adresse unterthänigst überreichen, empfehlen wir uns und unsere Committenten unterthänigst der Allerhöchsten Gnade Cu. Majestät.

Ueber die am letzten Samstag abgehaltene Soiree bei Hof in Ofen berichtet „M. Bilag“: Es waren etwa 4-500 Gäste anwesend, darunter Belcredi, Mensdorff, Majlath, Sennyey u. s. w. Se. Majestät unterhielt sich mit mehreren der Anwesenden und conversirte mit dem Grafen Apponyi fast eine halbe Stunde lang. Die Kaiserin sprach mit den Herren Grafen Geza Szapary und Bela Szekenyi, und unter den Damen am meisten mit der Frau Baronin Sennyey und der Gemalin des Grafen Julius Andrássy. Ihre Majestät drückte in der Conversation mit dieser Dame den Wunsch aus, der Aufführung eines ungarischen Volksstückes im Nationaltheater beizuwohnen, welchem a. h. Wunsche bereits am letzten Montag entsprochen wurde. Die Conversationssprache war fast ausschließlich die ungarische. Ihre Majestät sprach die Damen in ungarischer Sprache an, und war an diesem Abend von ganz besonderer Lieblichkeit und Herablassung. Als charakteristisch für den Abend heben wir hervor, daß Mädchen nicht geladen waren. Ihre Majestäten entfernten sich nach 11 Uhr und um 11 Uhr waren die Salons leer.

Die „Wiener Ztg.“ ist in der Lage bestimmt zu erklären, daß die von einigen Blättern gebrachte Angabe, wonach eine außerhalb der Amtssphäre der croatisch-slavonischen Hofkanzlei stehende Persönlichkeit (Hofrath Bernh. Ritter v. Mayer) als der Verfasser des königlichen Rescripts auf die Adresse des croatisch-slavonischen Landtages bezeichnet wird, vollkommen unwahr ist.

Die diplomatische Action in der Donausürstenthümerfrage hat bereits begonnen. Die Pforte

hat sofort an sämtliche Vertreter der den Pariser Vertrag unterzeichnet habenden Großmächte eine Note geschickt, worin sie, gestützt auf den Vertrag dd. 6. September 1859 erklärt, einen Commissär nach Bukarest schicken zu wollen. Sie fordert zugleich im Sinne dieses Vertrages die Gesandtschaften auf, ihrem Commissär Delegationen beizugeben. Auch betont sie ausdrücklich ihren Willen, den Ferman vom 6. December 1861, welcher die Zusammengehörigkeit der Moldau mit der Walachei feststellt, vollinhaltlich aufrecht erhalten sehen zu wollen. Alle Gesandten haben in Folge dessen eine identische Note an ihre respectiven Regierungen telegraphisch abgeschickt und um Instructionen gebeten, sowie auch um die Bestimmung, wer als Delegirter dem Pforten-Commissär beizugeben sei. Oesterreich und wahrscheinlich auch alle übrigen Staaten dürften ihre Consula in Bukarest als Delegationen bestimmen. Für später ist ein Congreß ad hoc in Aussicht genommen. Nach Eintreffen der vorerwähnten identischen Note haben die Cabineten sich im telegraphischen Wege unter einander in's Einvernehmen gesetzt.

Drouyn de Lhuys hat, wie aus Paris berichtet wird, an den französischen Gesandten in Bukarest, Herrn Tilot, ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihn beauftragt, mit der provisorischen Regierung in Beziehungen zu treten, jedoch unter Verwahrung gegen die Legalität ihres Vorgehens. Gleicher Protest gegen die im Namen des unregelmäßiger Weise zum Fürsten proclamirten Grafen von Flandern unternommenen Schritte. Berichten aus Constanti-nopel zufolge hat Marquis de Montfort der Pforte eröffnet, daß seine Regierung ihren Protest gegen das Vorgehen der Umsturzpartei von Bukarest billige und daß alle Schritte bereits geschehen seien, um den Zusammenhang der Conferenz zu beschleunigen.

Nach verschiedenen Anzeichen zu schließen, schreibt die „Deb.“, dürfte das österreichische Cabinet in der obgleichenden Frage gemeinschaftlich mit den Westmächten handeln. Heute vorliegenden Pariser Berichten zufolge wird zwischen dem französischen, englischen und österreichischen Cabinet über eine Verhandlungsbasis für die Conferenz und ein gemeinschaftliches Vorgehen auf derselben verhandelt. Nach einem Wiener Tel. der „Schles. Ztg.“ hätten Oesterreich und Frankreich sich über ein gemeinsames Vorgehen auf der Conferenz wegen der Donausürstenthümer bereits verständigt. Nach der „Patrie“ wollen die Großmächte den Rumänen die Wahl ihrer Regierung freistellen, wenn nur der Vertrag von 1856 nicht verletzt wird. So weit sich bis jetzt die Vorgänge in Bukarest überblicken lassen, ist es weder französischer, noch russischer, noch ein anderer auswärtiger Einfluß, der Cusa gestützt hat, sondern die Coalition der Liberalen und Bojaren, welche durch die unverantwortliche Proconjur-Wirksamkeit Cusa's erzeugt wurde. Intelligenz, Bildung und Besitz haben gegen eine auf die scheinbare Zustimmung der Massen sich stützende Dictatur erfolgreich reagirt. Der Abfall der Truppen machte eine so rasche und unblutige Entscheidung möglich.

Auch Rußland beginnt der rumänischen Frage gegenüber Position zu nehmen. Das „Journal de St. Petersbourg“ vom 27. v. M. schreibt: Der Aufstand in Bukarest war nicht nur eine Verletzung der inneren Geseze des Landes, sondern auch durch Proclamation eines fremden Prinzen eine Verletzung des Vertrages vom Jahre 1858. Das Journal erinnert den Grafen von Flandern an das Beispiel seines Vaters, welcher den Thron Belgiens erst nach Zustimmung einer Conferenz einnahm. (Die Wahrung des russischen Journalen ist überflüssig. Nach officiellen in Bukarest eingetroffenen Nachrichten hat der Graf von Flandern die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt. Ferner meldet man aus Brüssel, der Graf von Flandern werde in seiner Antwort an die Bukarester Deputation seine Ablehnung dadurch motiviren, daß die auf ihn gefallene Wahl den Verträgen von 1856 widerspreche.)

Verlässlichen Nachrichten von der moldau-russischen Gränze zufolge meldet ein Telegramm des „N. Ztbl.“ aus Suczawa, haben die russischen Truppen am Pruth eine rückgängige Bewegung gemacht. Das Hauptquartier soll nach Kischeneu zurückverlegt sein. Eine starke Gordonslinie am Pruth, aus Kosaken gebildet, bewacht die Gränze.

Ueber die Katastrophe in Bukarest erhält die „Allg. Ztg.“ von Paris aus folgende Mittheilungen: Die Maßregeln waren so gut getroffen, daß der Fürst Cusa keine Ahnung von den Dingen hatte, welche sich vorbereiteten; um ihn vollends zuversichtlich zu machen, hatte die Kammer nachmittags einen von ihm beantragten Credit für irgend einen Gegenstand einstimmig votirt. Um 9 Uhr Abends erschien der Oberst Galesco bei ihm, ihm ankündigend, daß ganz passiv verhalten kann und nicht die geringste

Truppen für die Bewegung gewonnen seien. Es soll kein Tropfen Blut vergossen werden, um den Mächten zu zeigen, daß es sich nicht um eine Revolution, sondern nur um eine Evolution handle. Unterdessen war Militär in das Zimmer gedrungen. Der Fürst fügte sich in das Unvermeidliche, unterzeichnete seine Abdankung und wurde „zu seiner eigenen Sicherheit“ als Gefangener in ein anderes Gemach seines Palastes gebracht. Mittlerweile war eine provisorische Regierung, mit dem genannten Galesco an der Spitze, ernannt worden, und auf seinen Antrag proclamirte die Kammer sofort den Grafen von Flandern. Ich füge diesen Mittheilungen hinzu, daß ein Agent der revolutionären Partei, der seit mehreren Monaten in Paris weilte, vor etwa drei Wochen dem Kaiser eine Denkschrift über die Lage in den Donausürstenthümern hatte zustellen lassen, worin er den Kaiser bat, für den Fall einer Crisis, den Prinzen zu bezeichnen, der ihm angenehm sein würde. Es versteht sich von selbst, daß hierauf keine Antwort erfolgte; eine solche hatte der Verfasser der Schrift aber auch nicht erwartet. Ihm und seiner Partei war es offenbar nur darum zu thun, sich zur rechten Zeit auf seine „Bitte“ berufen zu können.

Ein Pester Telegramm der „Debatte“ vom 27. v. M. meldet: Glaubwürdigen Gränznachrichten zufolge ist Cusa in Kronstadt eingetroffen und erwartet dort seine Frau, um sodann nach Venedig zu gehen. Nach hiesigen Nachrichten gedenkt Cusa zunächst Paris zu besuchen, um Geldangelegenheiten zu ordnen, dann seinen bleibenden Aufenthalt in Pest zu nehmen.

Von verlässlicher Seite wird einem Wiener Blatt aus Bukarest berichtet, daß Fürst Cusa keine Ahnung von der ihm so nahe bevorstehenden Katastrophe gehabt. Er hat nämlich noch kurz vorher ein Schreiben an Kaiser Napoleon gerichtet, worin er bat, derselbe möge ihm bei der Durchführung der Erblichkeit der Fürstenwürde für seine Familie beihilflich sein.

In Holstein ist jetzt ernsthaft eine Einberufung von Notabeln in Aussicht genommen. Die holsteinische Landesregierung hat dazu in einer Eingabe, welche das von ihr aufgestellte und der Statthaltertschaft vorgelegte Budget begleitet, die Initiative ergriffen. Sie hat mit Berufung auf das verfassungsmäßige Recht der Stände, jedenfalls noch im Laufe dieses Jahres zusammenzutreten, in erster Reihe eine schleswig-holsteinische, in zweiter Reihe eine holsteinische Ständeversammlung angeregt, sie hat endlich, weil es schwerlich möglich, noch vor dem Beginn des neuen Budgetjahres (1. April) die gesetzliche Vertretung des Landes zu hören, wenigstens die Zuziehung einer Anzahl von Notabeln zur vorgängigen Durchberatung des Budgets gewünscht. Eine Liste von 15 solchen Notabeln, zum großen Theil aus den Mitgliedern der Stände genommen, ist der Eingabe beigegeben. Ausdrücklich ist hervorgehoben, daß diese Notabelnversammlung nur ein Nothbehelf sei und nicht etwa an die Stelle der Ständeversammlung treten solle.

Die holsteinische Landesregierung ist, wie ein Kieler Telegramm vom 27. v. M. bestätigt, in einer längeren Eingabe ddo. 23. Februar, an H.M.E. Freiherrn v. Gablenz gerichtet, entschieden gegen die in der Adresse der Ritterchaft enthaltenen Anschuldigungen aufzutreten und bietet ihre Entlassung an, falls der Statthalter in dem bisherigen Verhalten der Landesregierung eine Pflichtverletzung erkenne; anderenfalls behält sich dieselbe das gerichtliche Verfahren gegen die Unterzeichner der Adresse, wegen öffentlich zu ahnender Verleumdung vor und erucht, besonders rüchlich die Veröffentlichung der Adresse durch den preussischen Staatsanzeiger, diese Eingabe zur Kenntnis Sr. Majestät des Kaisers zu bringen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ begrüßt das Schreiben der holsteinischen Regierung als einen Schritt zur Klärung der Situation.

Das „Mein. dipl.“ widmet der Stellung Preußens zu Oesterreich, insofern sie die wieder in Vordergrund getretene schleswig-holsteinische Frage betrifft, einige Worte. Die preussische Regierung, sagt daselbe, hat provocirt und gedroht. Dies scheint keinen großen Eindruck gemacht zu haben. Wir glauben, daß Oesterreich in seinen Meinungen und Ansichten in Bezug auf die Gasteiner Convention unerschütterlich bleiben wird. Einige Journale sind schon jetzt wegen der Haltung bejagt, die das französische Cabinet angesichts dieser Eventualitäten, welche den allgemeinen Frieden stören können, annehmen wird. Uns scheint es, daß Frankreich sich bis jetzt und selbst bis dahin nicht die geringste

Kundgebung darüber machen wird. Wenn jedoch der Verlauf der Ereignisse die Lage kraft deren Frankreich sich heute in eine strenge Neutralität einschließt, modificiren sollte, so wird es seinen Interessen gemäß handeln. Fügen wir übrigens hinzu, daß Frankreich die Verwicklungen, um die es sich handelt, nicht vorzuziehen will und daß sein Auftreten unter den gegenwärtigen Umständen wie seine Ansichten über die Elbe-herzogthümer absolut die nämlichen sind, wie vor Monaten.

Aus Berlin verlautet, daß Bismarck dem auswärtigen Amte den Rücken kehren dürfte, um in der Person des Grafen v. d. Goltz einen Nachfolger zu erhalten, der seinerseits mit seinem Posten in Paris durch den Grafen Reventlow-Criminil ersetzt werden soll. Nun behauptet man auf der andern Seite, daß, falls sich diese Gerüchte realisiren, dies gleichbedeutend wäre mit einer vollständigen Niederlage der kriegeriichen Pläne Bismarcks, während man andererseits meint, daß Bismarck nach wie vor als Minister-Präsident die Seele des Cabinets bleiben würde.

In Wiener diplomatischen Kreisen, schreibt das „Fremdenblatt“, schenkt man der Nachricht, daß Preußen drei Armee-corps mobil mache, nicht den geringsten Glauben. Die Herren Diplomaten haben nämlich von ganz maßgebenden Seiten hierüber Berichte, welche oben angeführte Nachricht für falsch, so wie die Nachricht von der Verstärkung preussischer Festungen für bedeutend übertrieben erklären. Wir glauben diese, uns von ganz verlässlicher Seite zukommende beruhigende Nachricht besonders betonen zu müssen. Auch die „Zeidl. Corr.“ und das „N. Allg. Volksblatt“ demotiren eifrig alle Alarmgerüchte bezüglich der inneren und äußeren Politik Preußens.

Die Nachricht, daß die österreichische Deputation vom 7. v. Mts. vom preussischen Cabinet schon beantwortet sei, ist, nach der „Kreuzzeitung“, unbegründet. Die Andeutungen einiger Blätter über den Inhalt der angeblichen preussischen Antwort sind also erdichtet.

Der „Weser-Zeitung“ wird aus Berlin telegraphirt, der preussische Gesandte in Wien, Freiherr von Werther, sei instruiert worden, der österreichischen Regierung die Uebertragung der Verwaltung Holsteins an Preußen, vorbehaltlich des Mitbestimmungsrechts Oesterreichs an den Herzogthümern, vorzuschlagen. (?)

Nach der „Köln. Ztg.“ stände es fest, daß zwischen Preußen und Italien ein „Meinungsaustausch“ über gewisse Möglichkeiten eingeleitet und durchgeführt worden ist, der in Folge berufen sein könnte, ereignißschwere Entschlüsse mit herbeizuführen. Schon seit längerer Zeit sollen gewisse Staatsmänner beider Länder bestrebt gewesen sein, eine derartige „annähernde Verständigung“ einzuleiten, und je verwickelter namentlich die Angelegenheit der Herzogthümer sich gestaltete, desto nachhaltiger wurden auch die Anstrengungen der betreffenden Diplomaten — eine annähernde Verständigung einzuleiten. Welch ein stylistischer Ciceranz.

Gegenüber den wiederholten Zuversichtsbezeugungen der „France“ erklärt auch die neueste „Italia“: „Unsere römischen Botschafter versichern auf das bestimmteste, daß die päpstliche Regierung sich nicht dazu verstanden habe, der französischen eine officielle oder officöse Vollmacht zu erteilen, um die Angelegenheit der Uebertragung der päpstlichen Schuld mit Italien in ihrem Namen zu verhandeln. Hochstehende Beamte der römischen Finanzverwaltung sagen aus, die römische Curie werde es freilich geschehen lassen, wenn Frankreich und Italien es für geeignet hielten, über diese Uebertragung zu verhandeln; die römische Curie jedoch werde sich durchaus nicht betheiligen, selbst nicht einmal, um eine Duitlung auszufüllen oder um eine Duitlung, welche die französische Regierung in ihrem Namen etwa ausstellen könnte, auch nur zu beglaubigen.“

Ein Corr. der „Gaz. nar.“ aus Florenz schreibt, daß er die Nachricht des römischen „Gaz.-Corr.“, es habe der Paps für das Seelenheil des verstorbenen Prinzen Odo in seiner Privatcapelle eine Todtenmesse gelesen — mit nicht geringer Bewunderung gelesen. Er will den „Gaz.-Corr.“ der Verbreitung falscher Nachrichten nicht beschuldigen, bemerkt aber, daß kein dortiges Blatt über dieses unverhoffte Ereigniß etwas berichtet und daß dieser Schritt des h. Vaters von folgender wirklichen Begebenheit wesentlich abhänge. An demselben Tage nämlich, als der Prinz Odo verschied, lief ein kleines italienisches Handelsschiff in den Hafen von Civitavecchia ein, weil ein heftiger Sturm das Einlaufen nach Cagliari oder Livorno verhinderte. Als der Schiff-Capitän Tags darauf das Ableben des Prinzen erfahren, ließ er eine Trauerfahne aufhissen. Einige Minuten darnach erschienen päpstliche Gensdarmen und wollten den Capitän zum Einziehen der Fahne zwingen, welcher ihnen erwiderte, daß das italienische Banner vor Niemand sich beuge, worauf er sogleich das offene Meer aufsuchte. Diese Thatfache, bemerkt der Corr. der „Gaz. nar.“, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Briefe aus Gibraltar gedenken eines Vorfalls, der die bereits etwas gespannten Beziehungen zwischen Spanien und England leicht noch ernster machen könnte. Ein englisches Schiff, das an der marokkanischen Küste Handel trieb, soll am 15. Januar durch ein spanisches Donanenschiff aufgebrochen worden sein. Die Gründe der Beschlagnahme sind noch nicht öffentlich bekannt geworden, doch wurde jetzt schon von englischer Seite behauptet, daß die Beschlagnahme ungesetzlich wäre, weil sich das britische Schiff mehrere Meilen über die spanischen Gewässer hinaus befunden habe. Der britische Consul in Cadix hatte sofort eine Unterjuchung über den Sachverhalt eingeleitet.

Nach Berichten aus Constantinopel hat auf energische Reclamation des französischen Vosschalters die ägyptische Regierung ihren Delegirten zum Cholera-Congress Dr. Lautner-Bey — er scheint wegen gewisser Aeußerungen über den Kaiser Napoleon in Paris im mißliebigen Andenken zu stehen — abberufen und hat derselbe Constantinopel bereits verlassen.

Aus Constantinopel erfährt man ferner von Palastintrigen, die vom Großvezir Fuad Pascha ausgehend zum Ziel haben, die türkische Thronfolgeordnung der Art zu ändern, daß nicht Murad Effendi der thronerbende Sohn Abdul Medschid's, sondern der jetzt achtjährige Jusuf Izzedin Effendi, ältester Sohn des regierenden und ziemlich kränklichen Sultans, der Nachfolger desselben werde. Bis jetzt sollen die Anstrengungen des Großvezirs, der den Verwandtgebraucht, eine „europäische Thronfolge“ einführen zu wollen, gescheitert sein.

Wie man jetzt hört, war die Anwesenheit Seward's auf den dänischen Antillen wirklich darauf berechnet, eine Art Kaufgeschäft zwischen den Cabineten von Kopenhagen und Washington in Betreff der Inseln St. Thomas und St. Croix einzuleiten. Rußland soll seine guten Dienste dabei angeboten haben. Die dänische Regierung hat sich jedoch entschieden geweigert, auf jede derartige Unterhandlung einzugehen, und soll dabei namentlich französischem Impulse gefolgt sein, da man in Paris der Union die Festsetzung auf den Antillen nicht gestatten will.

† Krakau, 1. März.

Am 21. v. sind die nachbenannten kai. österreichischen Staatsangehörigen aus der russischen Gefangenschaft heimgekehrt und wurden von dem k. k. Grenzbezirksamte in Sawerzno an ihre Zuständigkeitsbehörden abgestellt:

1. Rejmann Joseph, 33 J. alt, Rauchfangkehrergeselle aus Krakau;
2. Szarkowski Carl, 20 J. alt, Kirschnergeselle aus Krakau;
3. Roth Anton, 21. J. alt, Sattlergeselle aus Dubietso;
4. Chmielewski Johann, 24 J. alt, Tischlergeselle aus Szadowa Wisznia;
5. Wrzes Michael, 22 J. alt, Grundbesitzer aus Sefelów;
6. Ziarkowski Boleslaus, 19 J. alt, Brantweintrennersohn aus Krzywca, Bezirk Przemysl.

Der „Przegląd“ schreibt in seinem Leitartikel vom 24. d.: Die Anhänger des Föderalismus werden uns gewiß vorwerfen, daß gerade wir, die wir vom Anfang an mit aller Entschiedenheit uns für den Föderalismus ausgesprochen, jetzt uns auf die Seite des Dualismus stellen, gegen den wir öfters kämpften. Wir gestehen, nicht die mindeste Hoffnung zu haben, daß der Föderalismus in dem höchsten Kreise durchgeführt werden könne, da Croaaten, welches in dieser Hinsicht die wichtigste Stimme haben könnte, von diesem System theilweise schon abgewichen ist und die Union mit Ungarn angenommen hat. Demnach ist es schwer mit Windmühlen zu kämpfen; und deshalb den Ungarn ihre Freiheiten zu bestreiten und ihrem Verlangen sich zu widersetzen, weil wir das was wir wünschen, nicht erlangen können, wäre ein unbilliges Verfahren. Dies wäre dem Zorne eines zu Fuß gehenden Demokraten gleich, der die Aristokratie haßt, weil sie in Equipagen dahersfährt. Solche Demokraten, eventuell Föderalisten wollen wir nicht sein. Das Blatt sieht in dem Dualismus keine Gefahr für die polnische nationale Existenz und für die autonomen Bestrebungen der Polen; es will sich dem Dualismus nicht widersetzen, vorausgesetzt aber wenn für Galizien ein Vertreter in der Central-Regierung in der Eigenschaft eines Kanzlers oder Ministers ohne Portefeuille ernannt wird. Von einem engeren Reichsrathe will „Przegl.“ nichts wissen.

Der „Gaz.“ lebt der Hoffnung, daß das Gemeindestatut für Krakau baldigst die a. h. Sanction erlangen werde und lenkt deshalb im Leitartikel die Aufmerksamkeit der hiesigen Bürger auf die eventuellen 60 Wahlen zum Stadtrath. Mehr bedeute hier der praktische Verstand und die wirtschaftliche Gewandtheit als parlamentarische Fähigkeit. Indessen da der neue Stadtrath auch an die Erziehung alter, abgeleiteter Zugehörigkeit werde denken müssen, so werde auch noch ein wenig Kopf und Rechtskenntniß und Routine nöthig sein. Bei den Wahlen zum ersten Stadtrath Ende 1848 habe man auf den politischen Charakter und das politische Glaubensbekenntniß Rücksicht genommen, was ein großer Fehler gewesen sei; unter Einfluß jenes hätten sich bisweilen die Abstimmungen gruppiert; dies werde wohl jetzt nicht so sein, denn es sei unnöthig, ja schädlich. Die Arena für politische Angelegenheiten sei der Landtag, im Stadtrath dürfe nicht gelaubt, ja selbst nicht gelandagelt werden. Eines sei noth, Unabhängigkeit von Regierungseinflüssen, die eben den politischen Charakter benehme. Der Stadtrath habe nicht die Interessen der Regierung, sondern der Stadt, nicht politische, sondern ökonomische zu repräsentiren. Das Krakauer Statut schließlich mache keinen Unterschied im religiösen Bekenntniß, aber hier sei der wirkliche Stand der Dinge zu berücksichtigen, da das Bekenntniß hier eine sehr wichtige Grundlage der Interessse, einen sozialen Unterschied, bilde. Besser sei zwischen Christen und Juden eine freiwillige vertrauliche Verabredung betreffs der Zahl der Mitglieder aus beiden Bekenntnissen, als absolutes numerisches Uebergewicht. Beide hätten in ihren Interessen sich erst zu einigen und dann in dem gemeinsamen städtischen zu verbinden, ehe es dazu komme, daß beiderseitig nicht mehr anderwärts gezählt werde, als in Kirche und Synagoge.

Der gemeldeten Nachricht der „Gaz. nar.“ gegenüber erfährt der „Gaz.“, daß die 2 1/2 Millionen-Anleihe zum Besten der vom Nothstand betroffenen Bezirke Galiziens am 22. Februar in Wien abgeschlossen und von der anglo-österreichischen Bank, der Bodencredit-Bank in Wien, dem Credit-Institut für Industrie und Handel, der österreichischen Escompte-Bank und den Bankhäusern Rothschild, Sina, Wodianer und einigen andern (zu 7 % in vier besonderen Serien, die immer am 1. März 1868, 1869, 1870, 1871 ausgelegt und immer am 1. Juli derselben Jahre ausbezahlt werden) gegeben worden. Die Obligationen derselben werden bei Zahlung der Steuern bis zu einem Sechstel der Gebühr angenommen. Ihr Cours ist 93 für 100, die Obligationen werden in drei Beträgen: zu 20, 100 und 1000 fl. ö. W. Nominalwerthes ausgegeben werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. Februar.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 10. Februar d. J. der durch Brandunglücke verarmten Gemeinde Laßár-Neudorf in Ungarn eine Unterstützung von tausend Gulden aus dem Hofzahlamt allergnädigst zu bewilligen geruht.

Zur Choleraconferenz in Constantinopel sind, wie wir einer authentischen Liste entnehmen, als Vertreter Oesterreichs bestimmt, die Doctoren Wetschera und Sotta. (Also nicht Dr. Pollak.)

Der 1862 zu Paris constituirte, periodische internationale ophthalmologische Congress hat für seine Versammlung im Jahre 1866 Wien gewählt. Wie das Comité des Congresses nun mittheilt, werden die Sitzungen Samstag den 25. August um 10 Uhr im grünen Saale des ehemaligen Universitäts-Gebäudes beginnen.

Ein Strike in Wien! Sämmtliche Gerbergesellen Wiens haben im Laufe des vorgestrigen und gestrigen Tages die Arbeiten eingestellt. Gaudenzorf, woselbst sich ihre Herberge befindet, versammelten sich dieselben in großer Anzahl, doch ist keine Aufrüstung bisher erfolgt. Die Demonstration richtet sich gegen die von den Meistern durchgeführte Reduktion der Arbeitelöhne und bezweckt nur die Beseitigung dieser Maßregel. Ein höherer Lohn als der bisherige, wird nicht beansprucht.

Der bekannte mehrjährige Historiograph Professor Beda Dindif, dessen Durchforschung der Archive Galiziens wir mehrere Artikel gewidmet, hat vom Kaiser Alexander den St. Annen-Orden 2. Classe erhalten.

Nach einem Prager Telegramm des „N. Ftbl.“ hätten die Bezirksämter in Böhmen den Auftrag erhalten, alle auf das September-Patent bezüglichen Manifestationen hintanzuhalten.

In Hostomitz (bei Horowitz) fand, wie ein Prager Telegramm vom 27. v. M. meldet, ein Krawall gegen die Juden statt; mehrere Judenhäuser wurden geplündert. Der Kreisbesitz Molawetz ist mit 200 Mann Infanterie mittelst Separatzug hingereist.

Der „Driester Zeitung“ schreibt man aus Fiume, 25. Februar: Gestern Abends zwischen 6 und 7 Uhr ist der Mallewagen, welcher um 1 Uhr Nachmittag von hier nach St. Peter gefahren, ungefähr eine Stunde von St. Peter entfernt angefallen und ausgeraubt worden. Es waren circa 5500 fl. an Geldsendungen in demselben. Verlegt ist Niemand worden. Die zwei Passagiere, die mit dem Wagen fuhren, wurden auch nicht angeplündert, da die Räuber (deren, wie es scheint, acht waren) nach Verraubung der Geldpakete durch nahebeiegehende verschleudert wurden. Von anderer Seite wird berichtet, daß sich in dem Wagen ein Herr G. aus Fiume befand, dessen Barschaft aus 7000 fl. bestand. Auf diesen Herrn schossen die Räuber zwei Mal, ohne ihn zu verwunden. Er hatte sein Geld in demjenigen Raum des Wagenschlages gesteckt, in welchen das Wagenfenster herabgelassen wird. Herr G. ist übrigens nach Laibach weitergereist. Der Conductor soll durch den Schlag mit einer Hacke am Kopfe verwundet sein.

Deutschland.

Nach der „Börsezeitung“ ist General v. Manteuffel schleunigst nach Berlin berufen.

Dem preussischen „Staatsanzeiger“ vom 27. v. M. zufolge, ist die „Neue Freie Presse“ in Preußen verboten.

Die Mobilmachungs-Nachrichten aus Preußen treffen allmählig aus allen Gegenden ein. In den Nachrichten aus Breslau gesellen sich die rheinische Blätter. Einem derselben schreibt man aus Berlin: „Supponirte Mobilmachung“ ist angeordnet, d. h. bei allen Landwehrstämmlen sind alle Vorkehrungen zu treffen, um binnen 24 Stunden die Bataillone marschfertig zu haben. Es werden daher u. A. die Landwehrleute den geschärften Befehl erhalten, von ihrem Wohnungs-Wechsel unverzüglich Anzeige zu machen.

Der Großherzog von Baden ist der „A. Z.“ zufolge zu längerem Aufenthalt in Genf eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 25. Februar. Gestern wurden vor dem Zuchtpolizeigerichte wieder zwei Preßprocesse verhandelt. Anlaß dazu war die vor einiger Zeit unter dem Titel „Les Budgetaires“ erschienene Brochure, in welcher die Militär-Intendantur, nicht in ihren Beamten, wohl aber als Institution äußerst heftig angegriffen wurde. Er vergleicht darin die Intendantur mit einem Wandwurm, dessen Heißhunger nur durch Millionen gestillt werden könne. Man könne immer voraussetzen, daß sie sich nie der Westlichkeit und der Entwendung zu Schulden kommen ließe, da keine Ueberwachung besteht. In der Brochure wird auch erzählt, daß zwei Offiziere der Intendantur, als die Oesterreicher bei Solferino den Angriff erneuerten,

die Flucht ergriffen und sich einer derselben in einem Keller versteckt habe. Dieses sollte wohl eine Anspielung auf die Episode aus der Schlacht von Solferino sein, wo die Franzosen, von den Oesterreichern hart bedrängt, einen Augenblick theilweise zurückgingen und die Arriere-Garde mit dem Gepäck z. eine halbe Stunde lang sich in ziemlich lebhafter Weise vom Schlachtfelde entfernte. Der Gerichtshof verurtheilt den Verfasser Landeau zu zwei Monaten Gefängniß und 250 Francs Geldstrafe und den Drucker zu 250 Francs Geldstrafe. Ein anderer Drucker, der einen Prospectus über die in Rede stehende Brochure gedruckt hatte, ohne vorher die gesetzliche Declaration zu machen und ohne ein Exemplar beim Ministerium niederzulegen, wurde in der nämlichen Sitzung für jedes dieser beiden Vergehen zu 1000 Francs, im Ganzen also zu 2000 Francs Geldstrafe verurtheilt. — Guizot ist der Verfasser eines Memoires, welches das protestantische Consistorium von Paris in der Angelegenheit des Pastors Martin Paschod an den Herrn Baroche gerichtet hat. — Man spricht davon, daß der hiesige türkische Gesandte, Safvet Pascha, von hier abberufen werden solle, um die Verwaltung irgend einer Provinz zu übernehmen. Es scheint, er hat sich durch Herrn Fremy vom Credit Foncier in einer apostrophen Anleihe-Angelegenheit, die nichts mit dem jüngsten Anleihen, das der Mobiliter vermittelte, gemein hat, zu sehr über's Ohr bauen lassen und zwar so, daß der gegenwärtige Finanzminister in Constantinopel, Mustafa Pascha seine Stellung gleichfalls gefährdet sehe. — Der Justiz-Minister Baroche ist nicht ungeschädlich erkrankt; ein Geschwür am Knie hat einen bedenklichen Krebsartigen Charakter angenommen. — Das „Cenement“ wurde gestern bei allen Journalveräußern mit Beschlag belegt, weil es einen Artikel über Girardin's Rücktritt enthielt. Es meinte, man könne nicht wissen, ob der Abdankung von Fontainebleau nicht auch eine Rückkehr von Elba folgen werde. Dieser Vergleich mißfiel und es wurde laisirt. — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den Plan, von dem der Kaiser in seinen Luxemburg-Artikel gesprochen. Derselbe ist wenig verschieden von dem ursprünglichen und die schönen Bäume der Baum-schule fallen danach weg. Dieses erbittert um so mehr, da die Vernichtung gerade dieses Theiles des Gartens am meisten bedauert wird. Der Graf von Flandern ist bereits am letzten Donnerstag in Paris angekommen und gestern Abend nach Italien weiter gereist. Ein Oberst und ein anderer Adjutant begleiten ihn. Es ist sicher, daß er die rumänische Fürstenthrone nicht annehmen wird.

In Betreff der mexicanischen Angelegenheiten sagt die „Patrie“: „Es wird versichert, daß die Corps, welche designirt sind, binnen Kurzem Mexico zu verlassen, das 81. und 57. Linieninfanterie-Regiment, sowie das 18. Fußjägerbataillon sein werden. Der übrige Theil der Truppe wird erst im Monat April gelöst werden, zu welcher Zeit, wie es heißt, die Depeschen des Barons Saillard in Paris angekommen sein müssen.“

Italien.

Die päpstliche Anleihe, schreibt das „Vat.“, soll 30 Millionen Francs, vertheilt auf 60.000 Actien à 500 Francs betragen, welche indeß als Garantiecapital einer Obligationen-Commission von 60 Millionen Francs dienen und in römischen Staatsfonds angelegt werden soll. Dem h. Vater soll dabei eine jährliche Revue von 6 Millionen Francs gesichert und dabei die päpstliche Schuld gänzlich getilgt werden. Der Prospect der Gesellschaft, die 99 Jahre dauern soll, liegt uns nur in einer augenscheinlich nicht correcten Uebersetzung vor und wir können uns darum heut noch nicht weiter darüber äußern. In Wien nimmt Herr Sotchen Subscriptionen an, wobei 200 Francs so gleich, die übrigen 300 Francs binnen drei Monaten zu erlegen sind. Herr Schaubert ist von dem Bankhaus Berle Graf v. Gauwigny beauftragt, in ganz Oesterreich Subscriptionen zu sammeln. Der hochw. Hr. Cardinal-Fürst-Erzbischof hat ein Rundschreiben zur Empfehlung des Unternehmens erlassen, worin es heißt: „Die Aufrechthaltung des Kirchenstaates ist für jeden Katholiken von hoher Bedeutung. Ueberdies wäre der Reichthum der europäischen Staaten gänzlich aus den Augen gehoben, wenn Sardinien und die Mazzinisten den gemeinsam vüllführten Raub zu behaupten, zu vollenden vermöchten. Auf das Dringendste empfehlen ich daher die Betheiligung an dem Unternehmen und die anderweitige Förderung desselben aller Katholiken meiner Erzdiöcese.“

Donaufürstenthümer.

Ueber die Stimmung in Bukarest, welche dem Aufstand vorausging, schreibt ein Correspondent des „Wanderer“ vom 16. Februar Folgendes: Vier Tage hatten wir keinen Minister — bis endlich mühsam eine Combination zusammengestellt wurde. Die beiden Generale Floresco und Mann mußten das Bad ausgießen, während es im Wesentlichen beim Alten geblieben ist. Die Demission des Gregulesco wurde nicht angenommen; auch ist es mehr als wahrscheinlich, daß er von seinem neuen Amte nicht ohne Einfluß auf die Finanzen des Landes bleiben wird, die er als gewesener Finanzminister unter aller Kritik geleitet hat. Die Ernennung eines Ditleshano (der in seinem ganzen Leben jede ernste Bewegung sorgfältig gemieden hat) zum Finanzminister, beweist nenerdings, daß man sich nicht um Auffindung von Leuten kümmert, die diesem Posten gewachsen wären. Wiewohl in der gegenwärtigen Situation sich nicht viele Bewerber um die Ministerstellen gemeldet haben, so waren doch Männer, wie Coghelnichano, sonst Morvussi Magino und Balsch, unter gewissen ihrerseits gestellten Bedingungen geneigt, dieselben anzunehmen. Die Bewegungen, die sich auf die innere Verwaltung des Landes bezogen, konnten und sollten um jede

